



Schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Stärkung der autochthonen Minderheiten, Drucksache 18/3536

Die Jugend Europäischer Volksgruppen begrüßt den Gesetzentwurf und den Handlungsplan Sprachenpolitik. Langfristig angelegte Programme, die eine nachhaltige Entwicklung der Minderheitensprachen fördern begrüßen wir ausdrücklich. Somit können mehr Jugendliche motiviert werden, Minderheitensprachen zu lernen und diese werden somit dem Land Schleswig-Holstein und der gesamten Gesellschaft auch in Zukunft erhalten bleiben. Wir sind außerdem sehr erfreut zu sehen, dass das Land Schleswig-Holstein in diesem Bereich solch eine Vorreiterrolle, insbesondere in der Grenzregion, einnimmt, freut uns sehr.

Der Gesetzentwurf und der Handlungsplan stellen stark auf eine institutionelle Förderung sowie die formale Bildung ab. Wir möchten als Begleitmaßnahmen anregen, die nichtstaatlichen Strukturen, insbesondere der friesischen Volksgruppe zu stärken. Dazu zählen aus unserer Sicht natürlich die Jugendorganisation Rökefloose, aber auch der Friesenrat. Diese werden zu oft im Vergleich zu anderen Organisationen vernachlässigt. Sie leisten allerdings einen wichtigen Beitrag, um die friesische Sprache im täglichen Leben zu etablieren und Jugendliche abseits der schulischen Arbeit mit der Sprache vertraut zu machen und diese somit im alltäglichen Leben zu verankern und verfestigen.

Wir begrüßen weiterhin die zweisprachige wegweisende Beschilderung. Wir möchten darauf hinweisen, dass dabei auf eine gleichgroße Darstellung in beiden Sprachen zu achten ist, um eine wirkliche Gleichberechtigung von Minderheit und Mehrheit auch optisch darzustellen. Ferner ist auf eine korrekte Schreibweise in der Minderheitensprache zu achten, um eine Situation wie z.B. in der Lausitz und in Kärnten zu vermeiden. Dort wurde die Übersetzung der Schilder leider oftmals nicht korrekt vorgenommen und auf das Hinzuziehen von Experten verzichtet. Dies wiederum führte dazu, dass die Ortsnamen falsch geschrieben wurden und somit der gut gemeinte Sinn zu Frust führte und sich in der Minderheit der Lächerlichkeit preisgegeben wurde. Daher sollte hier auf eine enge Zusammenarbeit mit der Minderheit, z.B. mit den Nichtregierungsorganisationen, hingewirkt werden.



Des Weiteren möchten wir auf die Situation bei der Einführung zweisprachiger Ortsschilder in der Grenzregion hinweisen. In Dänemark wurde nach der Einführung einer zweisprachigen Ortstafel diese über Nacht wieder entfernt und nicht wieder aufgestellt. Diese Situation sollte auf jeden Fall vermieden werden, da es die Bemühungen um ein gemeinsames und friedliches Miteinander unterminiert.

Den Vorschlag der Minderheitenbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein Renate Schnack, eine koordinierende Instanz zur Umsetzung der Aufgabe einzurichten begrüßen wir ausdrücklich. Dies würde eine konsequente Umsetzung begleiten und unterstützen.

Für die Möglichkeit, uns in den Diskussionsprozess einbringen zu können, möchten wir uns herzlich bedanken. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. Roman Kühn
Geschäftsführer

Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV)

PF 640228
10048 Berlin

Tel: [+49 176 31 77 94 14](tel:+4917631779414)
www.yeni.org
www.facebook.com/yeni.org